

www.friedensgruppe-luedenscheid.de

Südstraße 50
58509 Lüdenscheid

Spendenkonto:
SEB Lüdenscheid BLZ: 430 101 11
Kto. Nr. 203 263 4801 (Ini'68)

Im Jahre 2000 beschloss die rot-grüne Regierung, dass die Bundeswehr von der reinen Verteidigungsarmee zur „**Eingreifarmee**“ werden sollte. Das Kabinett hatte im Juni 2000 die Verdreifachung der sog. Einsatzkräfte der Bundeswehr auf 150.000 Mann bis 2006 beschlossen. Die „Einsatzkräfte“ sollen neue Waffen und Ausrüstungen bekommen. Dazu hat der Generalinspekteur im März 2001 ein nicht für die Öffentlichkeit bestimmtes neues Material- und Ausrüstungskonzept (MatKonz) erlassen. Darin listet er 213 Rüstungsprojekte auf. Nach Expertenschätzungen belaufen sich die Kosten dafür auf ca. **110 Milliarden Euro** bis 2015.

Der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe Glos (heutiger Bundesminister für Wirtschaft und Technologie) nutzte Mitte September die auf Krieg orientierende innenpolitische Debatte und forderte die Bundesregierung auf, „mehrstellige Milliardenbeträge bereitzustellen, um die Bundeswehr so auszustatten, dass sie in der Lage ist, den Solidaritätsanforderungen der Nato gerecht zu werden.“

Der Ausgabenplan für das Jahr 2002 in Höhe von ca. 23,1 Mrd. Euro liegt um rund 300 Mio. Euro unter dem Plan-Soll des Jahres 2001. Hier wurde jedoch getrickst. Denn der Verteidigungshaushalt deckt künftig nicht mehr alle Ausgaben, die die Bundeswehr tatsächlich hat. Einige werden von „Beteiligungsgesellschaften“ übernommen, die Anfang 2002 gegründet wurden. So werden die Erneuerung des Fahrzeugparks (Einspareffekt 200 bis 250 Mio. €), die Renovierung von Liegenschaften (Einsparung 750 Mio. €) und die Erneuerung der gesamten Informationstechnik (Einsparung 500 Mio. €) nicht mehr aus dem Verteidigungshaushalt finanziert.

Im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung ist auffällig oft von „deutschen“ „nationalen“, „vitalen“ oder „strategischen“ **Interessen** die Rede. Das Wort Abrüstung taucht dagegen auch in der Regierungserklärung nicht auf.

**„Rüstungsexport ist
Mord!“**

F Lüdenscheid Friedensgruppe



Foto: UNICEF

**MÖCHTEN
SIE IHR
KIND SO
SEHEN ?**

Sicherlich nicht. Aber was würden Sie tun, wenn Ihr Kind mit so einer Waffe nach Hause käme? Sie würden sicherlich den Verkäufer anzeigen. Sie würden erwarten, dass der Staat solche Verkäufe verhindert. Was aber, wenn der Staat dem Kind die Waffe gegeben hat?

**Das Dorf ist zum Schlachtfeld geworden.
Die Bevölkerung zum Hauptziel.**

-) 90% aller Kriegstoten sind Zivilisten – 40% sind minderjährig.
-) Derzeit sind etwa 640 Millionen Kleinwaffen im Umlauf.
-) Es werden jedes Jahr ca. 500.000 Menschen durch Kleinwaffen getötet.

**„Kleinwaffen sind die
Massenvernichtungswaffen
der Gegenwart“ - Kofi Annan
(UN-Generalsekretär)**

Vi.S.d.P.: Gerhard Großbendt, Uta Fischer

Layout: Janis Benschmidt

Jährlich sterben 500.000 Menschen durch Kleinwaffen. Sie spielen die Hauptrolle in den sog. „Neuen Kriegen“. Dies sind innerstaatliche bewaffnete Konflikte zwischen verschiedenen Gruppen (z.B. Balkan, Tschetschenien, Ruanda, Somalia). Unter den Bedingungen eines zerfallenden staatlichen Gewaltmonopols kämpfen Warlords, Paramilitärs, Banden und Söldner um Ressourcen, Macht und die Kontrolle der Bevölkerung. Sie führen Krieg mit Massakern, Vertreibungen, Vergewaltigungen und Plünderungen vor allem gegen die Zivilbevölkerung.

Woher kommen diese Waffen ?

Die in den „Neuen Kriegen“ am häufigsten verwendeten Kleinwaffen sind u.a. die **russische Kalaschnikow**, das **amerikanische M16** und das **deutsche G3**.

Alleine von den Kalaschnikows hatte das Innenministerium der ehemaligen DDR einen Bestand von 180.000, das Ministerium für Staatsicherheit über 76.000 Stück. Das macht zusammen allein 256.000 Kalaschnikows bei den zivilen Sicherheitskräften der DDR. Aus den Beständen der NVA sind 250.000 Gewehre an die Türkei verkauft worden. Wenn es in der DDR also mindestens eine halbe Millionen Kalaschnikows gab, von denen die Hälfte an die Türkei geliefert wurde, was ist dann aus den restlichen 250.000 Gewehren geworden? Auch die an die Türkei verkauften 250.000 Kalaschnikows werfen Fragen auf. 500.000 Gewehre des Typ G 3 der deutschen Firma Heckler & Koch wurden dort in Lizenz gefertigt. Macht mit den 250.000 Kalaschnikows mindestens einen Gesamtbestand von **750.000 Kleinwaffen**. Bei einer Truppenstärke von **515.000 Soldaten** stellt sich die Frage, ob der **NATO-Partner Türkei** nicht nur als Zwischenhändler aufgetreten ist.

Als nächstes stellt sich die Frage, was mit den 400.000 überschüssigen Gewehren G 3 der Bundeswehr geschehen soll. Sie sind seit der Einführung des neuen Gewehr G 36 überflüssig und sollen verkauft werden.

„Die Kriterien für Exportgenehmigungen sind zwar theoretisch streng, aber in der Praxis fehlt häufig der politische Wille zur konsequenten Anwendung“

Mathias John (ai - Rüstungsexperte)

Auch wenn die Waffen an vermeintlich „seriöse“ Länder verkauft werden, wer garantiert, dass sie nicht doch noch in Krisengebiete verschoben werden?

Auch Deutschland bereitet damit für Krisen und Kriege die Grundlage.

Anders als beim Export in Deutschland hergestellter industrieller Rüstungsprodukte (Panzer, U-Boote, Elektronik) werden beim Verkauf „ausrangierter“

Kleinwaffen keine Arbeitsplätze gesichert. Jedoch entstünden Arbeitsplätze, wenn diese Waffen vernichtet würden.

Mit dem Blut von Bürgerkriegsopfern wird der Bundeshaushalt entlastet. Was würden Sie sagen, wenn der Staat seine G3-Gewehre auf dem Schulhof ihrer Kinder verkaufen würde? Nichts anderes geschieht, wenn unser Staat weiterhin zulässt, dass ausrangierte Waffen in die Hände von Kindersoldaten gelangen.

„Jede Kanone, die gebaut wird, jedes Kriegsschiff, das vom Stapel gelassen wird, jede abgefeuerte Rakete bedeutet letztlich einen Diebstahl an denen, die hungern und nichts zu Essen bekommen, denen, die frieren und keine Kleidung haben. Eine Welt unter Waffen verpulvert nicht nur Geld allein. Sie verpulvert auch den Schweiß ihrer Arbeiter, den Geist ihrer Wissenschaftler und die Hoffnung ihrer Kinder.“

Dwight D. Eisenhower
(1953 / US-Präsident von 1952 - 1961)

Wer von Armutsbekämpfung und Menschenrechten redet, muss mit dem Verbot von Rüstungstransfers Ernst machen.

Die größten Rüstungsexporteure der Welt (1999-2003)

| Rang | Exportland | Mrd. US-\$* |
|-------------------------------------|--------------------|-------------|
| 1 | USA | 29,6 |
| 2 | Russland | 26,2 |
| 3 | Frankreich | 6,4 |
| 4 | Deutschland | 5,2 |
| 5 | Großbritannien | 4,2 |
| Weltweit | | 88,2 |
| *in Preisen von 1990 | | |
| Quelle: SIPRI-Jahrbuch 2004, S.479f | | |

Doch die Staaten der G8 tragen mit ihren Rüstungsexporten nach wie vor massiv zu Menschenrechtsverletzungen und Armut bei, wie ein von u.a. amnesty international veröffentlichter Bericht belegt.

Deutschland ist einer der fünf größten Waffenexporteure der Welt. 2003 erteilte die deutsche Regierung die Erlaubnis zu **Kleinwaffenexporten** u.a. nach Ägypten, Kuwait, Malaysia, Mexiko, Nigeria, Südafrika, Saudi-Arabien,

Thailand und in die Vereinigten Arabischen Emirate - alles Länder, in denen wiederholt **schwere Menschenrechtsverletzungen** vorkommen.